

Seehofer am Ruder, Heubisch an Bord

„Sozial-liberale“ Koalition regiert Bayern

Nach fast fünf Jahrzehnten der Alleinregierung teilt sich die Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern künftig die Macht mit den Freien Demokraten. Neuer Ministerpräsident wurde Horst Seehofer, der den Zahnärzten insbesondere als Bundesgesundheitsminister in Erinnerung ist. Statt wie bislang auf drei Parteien verteilen sich die Sitze im Maximilianeum künftig auf fünf Fraktionen. Die Politik im Freistaat wird bunter, wohl aber auch munterer. Aus zahnärztlicher Sicht erfreulich: Mit Dr. Wolfgang Heubisch wird ein Kollege Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, der sich als ehemaliger Vizepräsident der Bayerischen Landes-zahnärztekammer bereits um den Berufsstand verdient gemacht hat.

Das Wahlergebnis vom 28. September hat bei der CSU ein politisches Erdbeben verursacht. Die Partei verlor nicht nur ihre Zweidrittelmehrheit, ihren bisherigen Ministerpräsidenten und amtierenden Parteivorsitzenden, sie verlor ihren Mythos. Professor Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der LMU München, spricht von einer „historischen Korrektur der Parteienlandschaft“. Im bürgerlichen Lager vollziehe sich eine Pluralisierung der Parteien, was die gesamte Parteienlandschaft in Deutschland verändern könne. Zu dieser Analyse passt, dass 72 Prozent der Wähler insgesamt und sogar 54 Prozent der CSU-Wähler das Wahlergebnis gut finden.

Juniorpartner FDP

Dass es für die CSU zu einem solch bitteren Ergebnis kommen konnte, hat sich in erster Linie das Führungspersonal der Partei zuzuschreiben. Die „Arroganz der Macht“, das Hin und Her des damaligen Parteivorsitzenden Dr. Edmund Stoiber nach der

Neuer Wissenschaftsminister: Dr. Wolfgang Heubisch, ehemaliger Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern und früherer Vizepräsident der Bayerischen Landes-zahnärztekammer



Horst Seehofer, bisher Mitglied des Bundestages, ist Bayerns neuer Ministerpräsident.

Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide


Bundestagswahl, das Krisenmanagement in der „Pauli-Affäre“, die Hängepartie bei der Neuwahl des Parteivorsitzenden, die Wankelmütigkeit beim Nichtraucherschutz, das alles hat so manches Parteimitglied schier zur Verzweiflung getrieben. Hinzu kamen eklatante Fehlentscheidungen in der Großen Koalition, deren Auswirkungen bereits erkennbar waren, als die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren noch liefen.

Beispiel Erbschaftssteuer, Beispiel Gesundheitsreform: Bis heute haben Teile der Unionsspitze nicht begriffen, dass die Verstaatlichung des Gesundheitswesens via einheitlichem Beitragssatz, gemeinsamem Spitzenverband der Krankenkassen und Einführung des Gesundheitsfonds keines der vorhandenen Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherung löst. Auch der neue Ministerpräsident hat bis zuletzt an diesem faulen Kompromiss zwischen Bürgerversicherung und (kleiner) Kopfpauschale festgehalten. Dabei kann die Partei von Glück sagen, dass das ganze Ausmaß des Finanzdebakels bei der BayernLB erst in den Koalitionsverhandlungen zwischen CSU und FDP deutlich wurde.

Aus der allgemeinen Unzufriedenheit mit der „Staatspartei CSU“ mag sich das Wählerreservoir der Freien Wähler gefüllt haben, aus den ordnungspolitischen Sündenfällen – vor allem in Berlin – das der Freien Demokraten. Selbstständige,



Foto: Franz Wickenhauser



Freiberufler, ja sogar die Landwirte wandten sich zu großen Teilen den Liberalen zu, die jetzt zeigen müssen, was sie können. Mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsressort besetzen die Liberalen zwei Schlüsselministerien und können Akzente für die Zukunft setzen. Dazu zählt vor allem Innovation, aber auch die Verbindung zwischen Wissenschaft, Forschung und unternehmerischer Praxis. Freie Berufe und Selbstständige warten auf spürbare Entlastungen vor allem bei den Bürokratiekosten. Wo die CSU mit Horst Seehofer an der Spitze nach links rückt, wird sich die FDP in der Mitte etablieren, zumal SPD und Grüne von der Schwäche der CSU offenbar nicht profitieren. Optimistisch stimmt auch, dass die neue Staatsregierung einen Schwerpunkt im Bereich der Bildung setzen will. Dabei wäre es zu kurz gegriffen, das Augenmerk alleine der sogenannten Primärschule zu schenken. Umbrüche an den Hochschulen vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses sollten kritisch analysiert werden. Dabei dürfen nicht nur die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden. Internationale Statistiken können nicht der alleinige Maßstab sein, an dem Deutschlands Bildungsniveau fest gemacht wird – auch in Bayern nicht. Bildung bedeutet mehr als nur Wissensvermittlung.

Seehofer: Neuer Politikstil

Dabei darf die Bundesebene nicht aus dem Blick geraten. Sowohl in der Gesundheits- und Sozialpolitik als auch beim Thema Steuern muss ein wirtschaftlich starker Süden darauf achten, nicht zum Lastesel der Republik zu werden. Die Erbschaftssteuer auf Länderebene zu regeln, wäre aus bayerischer Sicht sicher verfolgenswert gewesen. Dass bei den Koalitionsverhandlungen auch an die nächste Gesundheitsreform gedacht wurde, die – soweit dies die bereits vorgenommene Zentralisierung dieses Sektors noch zulässt – spätestens nach der Bundestagswahl 2009 wieder auf der Agenda stehen wird, stimmt optimistisch.

Hier muss die neue Staatsregierung gemeinsam mit den Leistungsträgern im Gesundheitswesen und deren Selbstverwaltungskörperschaften nach Antworten auf die Herausforderungen der Demografie suchen. Einsame Entscheidungen in kleinen Koalitionsrunden, die selbst die gewählten Abgeordneten vor vollendete Tatsachen stellen, darf es bei solch wichtigen Themen wie der Gesundheit nicht mehr geben. Dies scheint der neue Ministerpräsident erkannt zu haben. Seine Ankündigung eines neuen Politikstils geht hoffentlich in diese Richtung.

Gesundheitsfonds auf den Prüfstand

Was die Aussagen der neuen Bayern-Koalition zur künftigen Gesundheitspolitik insgesamt angehen, werden die Leistungsträger – ebenso wie auch die private Krankenversicherung – auf mehr Verständnis bauen dürfen. Die Erklärung, Budgets abschaffen zu wollen, zeigt die Richtung an. Zu übertriebenen Erwartungen besteht angesichts enger finanzieller Handlungsspielräume und der Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet des Gesundheitswesens dennoch wenig Anlass.